

David Koser

Das Ende der Weimarer Demokratie

Ereignisse und Schauplätze
in Berlin 1929 bis 1933

Inhalt

Vorwort	5
Erste Demokratie	7
Halbe Revolution	8
Polarisierte Republik	15
Leben in den zwanziger Jahren	21
Stagnation und Fortschritt	21
Metropole der Republik	25
Politische Parteien	33
Aufstieg der Massenparteien	33
Mobilisierung aller Kräfte	38
Der Untergang der Republik 1929 bis 1933	45
Demokratie in der Krise	45
Sammlung an den Rändern	45
Ende parlamentarischer Mehrheiten	51
Vormarsch der Radikalen	56
Abwärts in der Krise	58
Ausschaltung des Parlaments	65
Umsturz von rechts	73
Aushebelung der Demokratie	74
Diktatur der NSDAP	82
Ereignisorte	91
Nachbetrachtung	229
Anhang	235
Literatur zum Thema (Auswahl)	236
Abbildungsnachweis	238

Erste Demokratie

Während sich in westeuropäischen Staaten und den USA seit dem 18. Jahrhundert eine parlamentarische Kultur herausbildete, wurde Deutschland noch lange Zeit autoritär regiert. Der 1848 von freiheitlich gesonnenen Bürgern unternommene Versuch, das Land unter den Farben Schwarz-Rot-Gold zu einem und ein nationales Parlament zu etablieren, scheiterte. 1871 führten der preußische König Wilhelm I. und sein Kanzler Otto von Bismarck die staatliche Einigung Deutschlands von oben herbei. Unter der Führung Preußens schlossen sich 25 Fürstentümer und Stadtstaaten zum Deutschen Kaiserreich zusammen.

Der neue Bundesstaat war eine konstitutionelle Monarchie, in der das Volk nur wenige Mitspracherechte besaß. Die männliche Bevölkerung wählte einen *Reichstag* (→ Ort 1), der bei der Gesetzgebung mitwirkte und den Haushalt bewilligte. Daneben wurden Länderparlamente gewählt, deren Befugnisse ebenfalls begrenzt waren. Bei den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus galt das ungleiche Dreiklassenwahlrecht, bei dem sich das Stimmrecht nach der individuellen Steuerleistung der Wähler richtete. Das oberste Verfassungsorgan des Kaiserreiches war der Bundesrat, in dem die Vertreter der Fürstentümer und Stadtstaaten zusammenkamen. An der Spitze des Staates stand der preußische König, der in Personalunion auch deutscher Kaiser war. Er alleine bestimmte über die Zusammensetzung der Reichsregierung sowie die Einberufung des *Reichstags* und des Bundesrats.

In sozialer Hinsicht war das Kaiserreich eine Klassengesellschaft. Tonangebend waren konservative Beamte, Großgrundbesitzer und Unternehmer. Hinzu kam das von Adeligen dominierte Militär, das eine in sich weitgehend abgeschlossene Kaste bildete. Auf der untersten sozialen Stufe rangierten die Arbeiter, deren Lebensbedingungen meist sehr schlecht waren. Die Interessensvertretung der Arbeiter übernahmen die Sozialdemokraten, die sich in der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD, → Ort 11) und den Gewerkschaften sammelten. Unter dem Einfluss der Schriften des Philosophen und Nationalökonom Karl Marx (1818 bis 1883), der für eine klassenlose Gesellschaft eintrat, forderten die Arbeiterorganisationen soziale Reformen und einen poli-

tischen Wandel. Durch die Einführung einer staatlichen Kranken- und Rentenversicherung versuchte Reichskanzler Bismarck vergeblich, den Sozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Eine Außenseiterrolle im protestantisch dominierten Kaiserreich nahmen auch die Katholiken ein, die auf ihrer kulturellen Eigenständigkeit beharrten. Zu ihrem Sprachrohr entwickelte sich die *Deutsche Zentrumspartei (DZP)*, → Ort 13).

Unter dem seit 1888 regierenden Kaiser Wilhelm II. verfolgte das Reich immer mehr eine imperialistische Politik. Durch den Aufbau einer starken Flotte und die Gründung von Kolonien versuchte es mit den etablierten Kolonialmächten gleichzuziehen. Andere europäische Staaten sahen sich durch das Großmachtstreben des Reiches herausgefordert. 1914 lösten politische Spannungen auf dem Balkan einen Krieg aus, in dem das Deutsche Reich mit Österreich-Ungarn gegen Frankreich, Russland und Großbritannien antrat. Durch den Kriegseintritt weiterer Staaten und die räumliche Ausweitung der Kampfhandlungen entwickelte sich daraus ein Weltkrieg. Der Kriegsausbruch rief in den beteiligten Staaten zunächst eine Welle nationaler Begeisterung hervor, die innenpolitische Konflikte in den Hintergrund treten ließ. Im *Reichstag* verständigten sich die Parteien darauf, für die Dauer des Krieges einen Burgfrieden zu wahren. Auch die *SPD*, die nicht abseitsstehen wollte, stimmte den Kriegskrediten im *Reichstag* zu.

Halbe Revolution

Angesichts eines jahrelangen Stellungskrieges, in dem Hunderttausende starben und keiner Seite ein entscheidender militärischer Durchbruch gelang, erhoben sich im Reich bald Stimmen, die ein Ende des Krieges forderten. Kriegsgegner innerhalb der *SPD* spalteten sich in der Unabhängigen SPD (USPD) von ihrer Partei ab. Im *Reichstag* drängten Sozialdemokraten, Linksliberale und Katholiken auf einen Verständigungsfrieden. 1917 verschaffte der Kriegseintritt der USA den Gegnern des Reiches ein militärisches Übergewicht. Der Zusammenbruch Russlands, wo radikale Sozialisten die Macht übernahmen, konnte das

Reich nicht retten. Im September 1918 erklärte die Oberste Heeresleitung die Lage für aussichtslos. Um den Weg für Friedensverhandlungen mit den demokratisch verfassten Kriegsgegnern im Westen zu ebnen, verlangten die Militärs die Einsetzung einer parlamentarischen Regierung. Daraufhin erklärten die Regierenden das Reich am 28. Oktober 1918 zu einer parlamentarischen Monarchie. Die Reichsregierung sollte nun erstmals vom Vertrauen des Parlaments abhängig sein. Einen Tag später verließ der Kaiser fluchtartig Berlin.

Als die deutsche Militärführung die Flotte am 30. Oktober 1918 zu einem letzten Gefecht auslaufen lassen wollte, begannen die Mannschaften zu meutern. In Kiel und anderen deutschen Küstenstädten übernahmen aufständische Matrosen, Soldaten und Arbeiter die Macht. Sie wählten örtliche Arbeiter- und Soldatenräte, die fortan die Regierungsgewalt ausübten. Von Norddeutschland breitete sich die revolutionäre Bewegung immer weiter aus. Am 9. November 1918 erreichte sie Berlin, wo demonstrierende Massen in das Stadtzentrum strömten. Die Polizei zog sich kampfflos zurück und überließ den Demonstranten die Straßen. Innerhalb weniger Stunden brach das alte Herrschaftssystem zusammen. Reichskanzler Prinz Max von Baden erklärte eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und übergab die Regierungsverantwortung dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert, dessen Partei sich an die Spitze der revolutionären Bewegung setzte. Am Nachmittag rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann vor dem *Reichstag* die „Deutsche Republik“ aus. Damit kam er dem radikalen Sozialisten Karl Liebknecht zuvor, der am Berliner Schloss kurz darauf die „Sozialistische Republik“ proklamierte.



9. November 1918: Scheidemann ruft an einem Fenster des Reichstagsgebäudes die Republik aus

Am folgenden Tag bildeten die USPD und die *SPD* einen paritätisch besetzten Rat der Volksbeauftragten, der als Übergangsregierung fungieren sollte. Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bestätigte das von Ebert geleitete Gremium. Nachdem eine deutsche Delegation am 11. November 1918 einen Waffenstillstand mit den Kriegsgegnern des Reiches geschlossen hatte, erfüllten die Volksbeauftragten alte Forderungen der deutschen Opposition. Dazu gehörten die Einführung der Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit sowie eine Reform des Wahlrechts. Künftig sollten Männer und Frauen in gleicher und gleicher Verhältniswahl über die Zusammensetzung der Parlamente bestimmen.

Die gesellschaftlichen Eliten des Kaiserreiches versuchten sich der revolutionären Entwicklung anzupassen. Die Militärführung versicherte Ebert ihre Loyalität, wenn er die radikale Linke von der Macht fernhielt. Bürgerliche Demokraten organisierten sich in der linksliberalen *Deutschen Demokratischen Partei (DDP)*, → Ort 12). Die Parteien des rechten Spektrums gründeten sich dem Namen nach in Volksparteien um. Es entstanden die rechtsliberale *Deutsche Volkspartei (DVP)*, → Ort 14) und die *Deutschnationale Volkspartei (DNVP)*, → Ort 15). Die Industrie erklärte sich bereit, die Gewerkschaften als Partner anzuerkennen, den Achtstundentag einzuführen und Betriebsräte zu akzeptieren. Ende November 1918 verzichtete der Kaiser, der sich inzwischen ins Exil begeben hatte, offiziell auf die Krone Preußens und des Reiches.

Innerhalb der revolutionären Bewegung zeigten sich bald unterschiedliche Auffassungen über den weiteren politischen Weg. Die *SPD* strebte einen Ausgleich mit dem Bürgertum, baldige Wahlen und eine parlamentarische Demokratie an. Die USPD befürwortete ebenfalls Wahlen, verlangte aber zunächst eine teilweise Sozialisierung der Wirtschaft und eine Demokratisierung des Militärs. Damit wollte sie die Ergebnisse der Revolution dauerhaft sichern und eine Konterrevolution unmöglich machen. Die radikale Linke, die eine Revolution nach dem Vorbild Russlands anstrebte, lehnte Wahlen ab. Sie forderte eine vollständige Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die dauerhafte Errichtung einer Räteherrschaft.

Auf dem Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 stützten die Deputierten mehrheitlich die Position der *SPD* zu Wahlen, die bereits im Januar 1919 stattfinden sollten. Zugleich forderten sie die Sozialisierung wichtiger Industrien und die Kontrolle über das Militär. Die Führung der *SPD* lehnte es jedoch ab, die alte Militärführung, in der sie einen Rückhalt gegen die radikale Linke sah, zu entmachten. Als sie Weihnachten 1918 das Militär gegen revolutionäre Matrosen zu Hilfe rief, waren die politischen Gegensätze innerhalb der Linken unüberbrückbar geworden. Die *USPD* zog sich aus dem Rat der Volksbeauftragten zurück, den nun alleine die *SPD* stellte. Nach dem Ausscheiden der *USPD* aus der Übergangsregierung verschärfte sich die Spannungen zwischen der *SPD* und der übrigen Linken. Zum Jahresende gründete sich links von der *USPD* und der *SPD* eine weitere Partei: die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)*, → Ort 10), die sich zum Sammelbecken der linksradikalen Kräfte entwickelte.

Als der Rat der Volksbeauftragten im Januar 1919 den Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, einen *USPD*-Mann, abgesetzt hatte, mobilisierte das viele Anhänger der Revolution. Erneut strömten Hunderttausende Demonstranten in die Berliner Innenstadt, wo bewaffnete Arbeiter das Zeitungsviertel besetzten. Ein provisorischer Revolutionausschuss erklärte die Volksbeauftragten für abgesetzt. Mit Hilfe regulärer Truppen und konterrevolutionärer Freiwilligenverbände (sogenannter Freikorps) gelang es den Volksbeauftragten nach einigen Tagen, den Aufstand niederzuschlagen. Dabei ermordeten Freikorps-Angehörige zahlreiche Menschen, unter ihnen die *KPD*-Mitbegründer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

In dieser angespannten Atmosphäre wählte die Bevölkerung am 19. Januar 1919 die verfassungsgebende Nationalversammlung. Erstmals in Deutschland nahmen auch Frauen an einer Wahl teil. Als stärkste Partei ging die *SPD* aus der Abstimmung hervor. Zusammen mit der *USPD* erreichte sie aber nur 46 Prozent der Stimmen. Damit hatten die bürgerlichen Parteien ihr wichtigstes Wahlziel erreicht: eine linke Mehrheit zu verhindern. Am 6. Februar 1919 trat die Nationalversammlung in Weimar erstmals zusammen. Die thüringische Stadt hatte man wegen ihres kulturellen Symbolwertes und ihrer geringen

Gefährdung durch Unruhestifter als Versammlungsort gewählt. Nach ihrem Namen prägte die Geschichtsschreibung für die erste deutsche Demokratie später den Begriff „Weimarer Republik“. Die Nationalversammlung beschloss eine Übergangsverfassung und wählte den SPD-Vorsitzenden Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten. Gemeinsam mit der *DDP* und der *DZP* bildete die *SPD* eine von Scheidemann geführte Mitte-Links-Regierung. Nach der Wahl zur Nationalversammlung fanden auch Wahlen zu den verfassungsgebenden Länderparlamenten statt.



Wählerandrang bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 in Berlin

Während die Nationalversammlung eine neue Verfassung ausarbeitete, erhoben sich in verschiedenen Regionen Deutschlands erneut revolutionäre Arbeiter. Diese wollten sich nicht mit einer bürgerlichen Demokratie abfinden und forderten weiter eine sozialistische Politik. Im Ruhrgebiet, im mitteldeutschen Industriegebiet und in Berlin versuchten bewaffnete Arbeiter die Macht zu übernehmen. In München und anderen Städten proklamierten radikale Linke Räterepubliken.

Die Aufstände waren nicht koordiniert und hatten keine einheitliche Führung. Der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske ging mit regulären Truppen und Freikorps gegen die Aufständischen vor. Über Wochen herrschten in Teilen Deutschlands bürgerkriegsähnliche Zustände. Alleine in Berlin starben bei Straßenkämpfen im März 1919 rund 1.200 Menschen. Im Mai 1919, nach der Zerschla-

gung der Münchner Räterepublik, fanden die revolutionären Massenereignisse in Deutschland vorerst ihr Ende. Die Anhänger einer parlamentarischen Demokratie hatten sich mit Hilfe rechtsgerichteter Sicherheitskräfte durchgesetzt.

Anfang Mai 1919 legten die Siegermächte des Weltkrieges einen Friedensvertrag vor, der auf die dauerhafte Schwächung Deutschlands zielte. Die junge deutsche Demokratie sollte auf Teile ihres Staatsgebietes und alle Kolonien verzichten. Ihre Armee sollte sie auf ein Heer von 100.000 Mann und eine Marine von 15.000 Mann begrenzen. Zudem hatte sie die alleinige Kriegsschuld auf sich zu nehmen und Reparationszahlungen für Kriegsschäden zu leisten. In der deutschen Öffentlichkeit stießen die Friedensbedingungen parteiübergreifend auf Ablehnung. Reichskanzler Scheidemann weigerte sich, den Vertrag zu unterzeichnen, und trat zurück. Angesichts der militärischen Überlegenheit der Alliierten erklärte sich eine Mehrheit in der Nationalversammlung schließlich zur Annahme des Friedensvertrages bereit. Ende Juni 1919 unterzeichnete eine deutsche Delegation im französischen Versailles, wo 1871 das Deutsche Kaiserreich gegründet worden war, den Vertrag. Nach dem Ort der Unterzeichnung bezeichnete man diesen fortan als „Versailler Vertrag“.

Einen Monat später beschloss die Nationalversammlung die neue Verfassung. Von 420 Abgeordneten stimmten ihr 262 zu, 75 lehnten sie ab. Die übrigen enthielten sich der Stimme oder blieben der Abstimmung fern. Die Verfassung machte das Deutsche Reich zu einer demokratischen Republik mit den Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold. Sie übertrug erstmals in Deutschland die Staatsgewalt dem Volk. Die Bürger wählten auf Reichs-, Länder- und Gemeindeebene Parlamente und bestimmten in direkter Wahl den Reichspräsidenten (→ Ort 2: *Reichspräsidentenpalais*). Über Volksentscheide konnten sie darüber hinaus direkt Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Hauptorgan der Gesetzgebung war der *Reichstag*, von dessen Vertrauen die Reichsregierung (→ Ort 3: *Reichskanzlei*) abhängen sollte. Die Länder wirkten über den Reichsrat an der Gesetzgebung mit. Eine starke Stellung in der Verfassung erhielt der Reichspräsident, der die Reichsregierung ernannte und entließ. Er konnte das Parlament auflösen und im Krisenfall mit Not-

verordnungen an diesem vorbeiregieren. Daneben enthielt die Verfassung auch Aussagen zur Gleichberechtigung der Geschlechter, zu den Rechten von Arbeitnehmern und zum weiteren Ausbau des Sozialstaates. Am 11. August 1919 unterzeichnete Reichspräsident Ebert die Verfassung. Die Republik erklärte dieses Datum später zum Nationalfeiertag, an dem sie jährlich der Einführung der Demokratie gedachte. Neben dem Reich gaben sich auch Preußen und die anderen deutschen Länder demokratische Verfassungen.



Nach der Vereidigung Eberts zum Reichspräsidenten im August 1919 in Weimar: Regierungsmitglieder auf dem Balkon des Nationaltheaters bei einem Hoch auf die Republik

26 Mosse-Verlag

Der *Mosse-Verlag* ging im 19. Jahrhundert aus einem Unternehmen zur Vermittlung von Zeitungsannoncen hervor. In der Zeit der Weimarer Republik nahm er neben dem *Ullstein-Verlag* (→ Ort 25) und dem *Scherl-Verlag* (→ Ort 27) eine führende Stellung auf dem Berliner Zeitungsmarkt ein.

Zum publizistischen Flaggschiff *Mosses* entwickelte sich das „Berliner Tageblatt“, für das namhafte Journalisten schrieben. Es zählte zu den bedeutendsten deutschen Zeitungen und erreichte zeitweise eine Auflage von über 300.000 Exemplaren.

Seinen Sitz hatte der *Mosse-Verlag* in einem Gebäudekomplex an der Schützenstraße / Ecke Jerusalemer Straße, den man nach der Beschädigung bei Straßenkämpfen im Januar 1919 in modernen Formen wieder aufbaute.

Eine prägende Persönlichkeit des Verlages war der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, Theodor Wolff, der entschieden für die Republik eintrat. Während der Revolution im November 1918 veröffentlichte dieser im „Berliner Tageblatt“ einen Aufruf zur Gründung der linksliberalen *DDP* (→ Ort 12), in der er sich anfangs selbst politisch engagierte.

Die politische Rechte feindete den *Mosse-Verlag* wegen seiner jüdischen Eigentümer und der republikfreundlichen Haltung seiner Zeitungen an. Ihre Kampagnen zielten besonders auf das als „Judenblatt“ beschimpfte „Berliner Tageblatt“ und den als Repräsentanten der liberalen Hauptstadtresse geschmähten Wolff.

Aufgrund einer missglückten Expansionsstrategie musste der *Mosse-Verlag* im Herbst 1932 Konkurs anmelden.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 trennte sich der Verlag von zahlreichen seiner jüdischen Mitarbeiter. Betroffen hiervon war auch Wolff, der nach dem Reichstagsbrand ins Ausland floh.

Die Machthaber ließen den bankrotten Verlag 1934 durch eine staatliche Auffanggesellschaft aufkaufen. Ihr Versuch, das Unternehmen unter einem anderen Namen weiterzuführen, hatte keinen Erfolg.

Das Mosse-Haus nach der Beseitigung der Schäden, die bei Kämpfen zwischen revolutionären Arbeitern und Regierungstruppen im Januar 1919 entstanden waren. Aufnahme um 1929



bestellt *Die Brücke* KAMF ODER RESIGNATION Morgen-Ausgabe Einzelnummer mit „WELT-SPIEGEL“-20 Pf. am Oosterringer 10/2

Berliner Tageblatt

No. 368 Ausgabe für Berlin

61. Jahrgang Sonntag, 31. Juli 1932

Gegen Diktatur — für Freiheit!

Am Entscheidungstag darf niemand an der Urne fehlen.

Um Alles! Tag der Entscheidung.

U. M. Wagner hat ein Wort für alle Leute nach langen und kurzen Monaten, in denen die Möglichkeit, selbst sich auszusprechen über die Zukunft Deutschlands, nicht durch einen revolutionären Ausschuss oder durch einen Parteitag der Masse, sondern durch eine freie Wahl der Wahlberechtigten sichergestellt ist. Es ist eine ungeheure Verantwortung, diese Wahl zu tun. Und es ist eine ungeheure Verantwortung, diese Wahl nicht zu tun. Und es ist eine ungeheure Verantwortung, diese Wahl zu tun, wenn man nicht will, dass die Nation in die Hände eines Diktators überantwortet wird. Und es ist eine ungeheure Verantwortung, diese Wahl nicht zu tun, wenn man nicht will, dass die Nation in die Hände eines Diktators überantwortet wird. Und es ist eine ungeheure Verantwortung, diese Wahl zu tun, wenn man nicht will, dass die Nation in die Hände eines Diktators überantwortet wird.

Gegenüber stehen den Kräften, die das Reich von neuem gestalten wollen, die Kräfte, die es weiter in die Irre führen wollen. Und es ist eine ungeheure Verantwortung, diese Wahl zu tun, wenn man nicht will, dass die Nation in die Hände eines Diktators überantwortet wird. Und es ist eine ungeheure Verantwortung, diese Wahl nicht zu tun, wenn man nicht will, dass die Nation in die Hände eines Diktators überantwortet wird.

DRUCKEREI WOLFF & BEHNKE



Theodor Wolff

Berlin-Mitte, Schützenstraße / Ecke Jerusalemer Straße

Das Mosse-Haus wurde nach seiner teilweisen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut. In dem Gebäudekomplex befinden sich heute eine Druckerei und Büros



Das „Berliner Tageblatt“ vom 31. Juli 1932 mit einem Aufruf zur Reichstagswahl am gleichen Tag

34 Kösliner Straße

Aufgrund der wachsenden politischen Gewalt verbot Polizeipräsident Zörgiebel (→ Ort 7: *Polizeipräsidium*) im Dezember 1928 in Berlin alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel.

Das Demonstrationsverbot führte zu einer Kraftprobe zwischen den Sozialdemokraten, die in Preußen an den Schalthebeln der staatlichen Macht saßen, und der *KPD* (→ Ort 10), die auf ihre traditionellen Kundgebungen zum 1. Mai in Berlin nicht verzichten wollte.

Während die *KPD* ihre Anhänger zu Demonstrationen mobilisierte, bereitete sich die Polizei darauf vor, das Demonstrationsverbot mit allen Mitteln durchzusetzen.

Als die Polizei die illegalen Demonstrationen der *KPD* am 1. Mai 1929 in Berlin auflöste, kam es in verschiedenen Stadtteilen zu Unruhen. Ein Schwerpunkt der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen war die *Kösliner Straße* im Stadtbezirk Wedding. In dem engen Straßenzug lieferten sich Kommunisten und mit ihnen sympathisierende Anwohner mehrere Tage lang Kämpfe mit der Polizei, die wahllos in die Menge schoss. Als die Lage außer Kontrolle zu geraten drohte, gab sich der *KPD*-Vorsitzende Thälmann auf Schleichwegen selbst in die von der Polizei abgeriegelte Straße, um seine Anhänger zum Abbruch der Kämpfe zu bewegen.

Insgesamt starben bei den Unruhen im Mai 1929 in Berlin 33 Menschen, davon alleine 19 in der *Kösliner Straße* und ihrer Umgebung. Fast alle Opfer waren politisch nicht organisierte Anwohner und Passanten, die von Polizeikugeln getroffen wurden.

Die *KPD* nutzte das harte Vorgehen der Berliner Polizei, um die *SPD* (→ Ort 11) des Verrats an den Arbeitern zu bezichtigen. Die *KPD* ließ einige der Todesopfer feierlich auf dem *Zentralfriedhof Friedrichsfelde* (→ Ort 21) beerdigen. Sie verlegte ihren Parteitag von 1929 demonstrativ in die Weddingener *Pharus-Säle* (→ Ort 33) und organisierte wiederholt Umzüge durch die *Kösliner Straße*, mit denen sie die Erinnerung an den „Blutmai“ von 1929 wachhielt.



Blick in die Kösliner Straße (Aufnahme von 1937)



1. Mai 1930: Demonstranten gedenken in der Kösliner Straße der Ereignisse von 1929. Dabei ziehen sie am KPD-Vorsitzenden Thälmann vorbei

Berlin-Wedding, Kösliner Straße

Nach Kriegszerstörungen und einer nachfolgenden Stadtsanierung blieb von der Kösliner Straße nur der Straßenverlauf erhalten

An der nahe gelegenen Pankebrücke in der Wiesenstraße erinnert ein Gedenkstein an die Toten des Mai 1929

